

Antrag

Hannover, den 24.02.2026

Fraktion der CDU

Reform der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe stoppen - politische Bildung stärken - Allgemeinbildung sichern!

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Mit dem im Juni 2025 veröffentlichten schulfachlichen Eckpunktepapier zur Neugestaltung der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe legt das Niedersächsische Kultusministerium weitreichende Veränderungen vor, die den Übergang in die Qualifikationsphase neu strukturieren und den Schulen sowie den Schülerinnen und Schülern größere Wahlfreiheiten eröffnen sollen.

Frühere Pflichtfächer für Elftklässler werden in den Wahlpflichtbereich geschoben, dazu gehören u. a. die zweite und dritte Fremdsprache sowie die Fächer Geschichte und Politik-Wirtschaft.

Damit droht das Aus für fortgeführte und neu einsetzende Fremdsprachen wie Französisch, Spanisch, Latein, Altgriechisch, Italienisch und weitere. Konkret würde dies bedeuten, dass nur noch eine Fremdsprache ab Klasse 11 bis zum Abitur belegt werden muss und dass nur noch der Rechtsanspruch auf Englisch als Fremdsprache besteht.

Diese Entwicklung konterkariert die sprachliche und interkulturelle Bildung an niedersächsischen Gymnasien. Sie führt zu einer Einschränkung des Sprachangebots und nimmt Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, für viele Studiengänge erforderliche Sprachzertifikate, z. B. das B1-Niveau in Französisch oder Spanisch sowie das Latinum in Latein, zu erwerben. Ein solcher Rückbau gefährdet sprachliche und kulturelle Studiengänge, den wissenschaftlichen Nachwuchs, internationale Anschlussfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit Niedersachsens als Wissenschafts- und Technologiestandort.

Die geplante Reform sieht weiter vor, dass Politik-Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe zu einem Wahlfach wird. Das bedeutet:

- Für Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums bliebe lediglich ein Minimalprogramm in den Jahrgängen 8 bis 10 bestehen, denn nur in diesen Jahrgängen gehört Politik-Wirtschaft weiter zum Pflichtunterricht.
- In der Einführungsphase könnte Politik abgewählt werden.
- Die Qualifikationsphase verlöre ein Kernfach der Demokratiebildung.

Gerade in Zeiten multipler Krisen, Desinformation, politischer wie medialer Polarisierung und wachsender extremistischer Tendenzen ist dies der falsche Weg.

Die Reform der Einführungsphase soll laut Ministerin dazu dienen, die „gymnasiale Oberstufe zukunftsfest - mit einem klaren Blick auf die gesellschaftlichen wie technischen Lebensrealitäten und Anforderungen von morgen“ zu gestalten.¹

Diese Ziele stehen jedoch in klarem Widerspruch zu den Sorgen, die aus der schulischen Praxis geäußert werden. Schulleitungen und Fachverbände verschiedenster Fächergruppen haben bereits öffentlich Kritik an den Plänen geübt, eine Online-Petition läuft derzeit². Gewarnt wird insbesondere

¹ <https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/niedersachsen-stellt-eckpunkte-fur-die-einfuhrungsphase-der-gymnasialen-oberstufe-vor-kultusministerin-hamburg-wir-schaffen-mehr-freiraume-und-starken-die-individuelle-profilbildung-243753.html>

² <https://www.openpetition.de/petition/online/ja-zur-sicherung-der-2-und-3-fremdsprache-in-der-gymnasialen-oberstufe>

davor, dass die vorgeschlagenen strukturellen Verschiebungen weder schulorganisatorisch zu bewältigen seien noch pädagogisch sinnvoll greifen würden.

Verbände weisen auf eine drohende Absenkung allgemeinbildender Standards hin und kritisieren den Verlust von Verbindlichkeiten, etwa bei politischer Bildung, Fremdsprachen oder naturwissenschaftlichen Grundlagen.

Vor dem Hintergrund wachsender Kompetenzdefizite und steigender Anforderungen an sprachliche, digitale und demokratische Bildung sind die von der rot-grünen Landesregierung vorgeschlagenen Änderungen nicht geeignet, junge Menschen in einem Hochtechnologie- und Wissenschaftsland wie Niedersachsen angemessen auf Studium, Ausbildung, Arbeitswelt und demokratische Teilhabe vorzubereiten.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf:

1. die geplante Neugestaltung der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe gemäß dem Eckpunktepapier des Kultusministeriums von Juni 2025 nicht umzusetzen;
2. ein neues Reformkonzept vorzulegen, das die politische Bildung stärkt, die Mehrsprachigkeit sichert, die allgemeinbildende Funktion der gymnasialen Oberstufe und insbesondere der Einführungsphase erhält und ausbaut und die Gymnasien organisatorisch und personell nicht schlechter stellt.

Begründung

Unterschiedliche Bildungsstudien zeigen gravierende Defizite vieler Schülerinnen und Schüler in Basiskompetenzen, die bereits beim Übergang in die weiterführenden Schulen bestehen. Die Reform der Einführungsphase adressiert diese Probleme nicht, sondern setzt stattdessen auf strukturelle Umbauten, die keinerlei Antwort auf Kompetenzdefizite geben.

Ein vielfältiges Fremdsprachenangebot in der gymnasialen Oberstufe ist weit mehr als ein Zusatzfach - es ist ein zentraler Baustein moderner Bildung. Fremdsprachenunterricht vermittelt nicht nur solide kommunikative Kompetenzen, sondern fördert nachweislich analytisches Denken, kulturelles Verständnis sowie die Fähigkeit, komplexe Texte und Inhalte kritisch zu hinterfragen.

Gerade in einer globalisierten Welt, in der gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entwicklungen zunehmend international verflochten sind, brauchen junge Menschen Werkzeuge, um sich sicher und kompetent zu bewegen. Dazu gehören Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenz und die Fähigkeit, Perspektiven zu wechseln.

Zugleich ist Niedersachsen ein vielfältiges Einwanderungsland. Viele Schülerinnen und Schüler wachsen mehrsprachig auf oder haben familiäre Wurzeln in anderen Ländern. Ein starkes und breites Fremdsprachenangebot wertschätzt diese Lebensrealitäten, unterstützt Integration und schafft Räume, in denen sprachliche Herkunft nicht als Defizit, sondern als Ressource begriffen wird. Die Schule sendet damit ein wichtiges Signal: Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn - für jede einzelne Person und für die Gesellschaft.

Sie muss jungen Menschen die bestmöglichen Voraussetzungen für Studium, Ausbildung und Beruf bieten - und dazu gehört zwingend der Erhalt eines starken, breit aufgestellten Fremdsprachenangebots.

Politische Bildung ist kein verzichtbares Wahlangebot, sondern verfassungsrechtlich geboten, zentral für die Förderung politischer Urteilskraft, Grundvoraussetzung demokratischer Teilhabe und ein Herzstück schulischer Persönlichkeitsbildung.

Aus diesen Gründen muss das Unterrichtsfach Politik-Wirtschaft Pflichtfach bleiben. Angesichts gesellschaftlicher Polarisierung ist dies eine langfristige Investition in demokratische Resilienz.

Die geplante Oberstufenreform löst keine der realen Herausforderungen an Niedersachsens Schulen, schwächt allgemeinbildende Kompetenzen, reduziert Fremdsprachenstandards, gefährdet Anschlussfähigkeit und Studienfähigkeit, entzieht Gymnasien Ressourcen und reduziert politische Bildung in einer Zeit, in der sie besonders notwendig ist.

Carina Hermann
Parlamentarische Geschäftsführerin